

Franz Blücher, Europäische Zahlungsunion eine Übergangslösung

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 08.08.1952, Nr. 108. Bonn: Deutscher Verlag. "Europäische Zahlungsunion eine Übergangslösung", auteur:Blücher, Franz , p. 1035.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/franz_blucher_europaische_zahlungsunion_eine_ubergangslosung-de-ad64daa1-2bf7-4635-b1d6-c9fdbe07d25a.html

Publication date: 14/05/2013

8. August 1952

Nr. 108/S. 1035

Europäische Zahlungsunion eine Übergangslösung

Währungs-Konvertierbarkeit notwendig — Innere finanzielle Stabilität und Zahlungsbilanzausgleich

Von Franz Blücher, Stellvertretender Bundeskanzler und Minister für Angelegenheiten des Marshallplanes

innen kurzem wird die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Eisen ihre Tätigkeit aufnehmen. Bald dürfte auch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft mit ihren Arbeiten beginnen. Wenn auch die Verhandlungen zur Schaffung einer Europäischen Agrarunion sich noch im Stadium der Vorüberlegungen befinden, so deutet auch hier manches auf die Wahrscheinlichkeit ihrer Verwirklichung in nicht zu ferner Zeit hin. Alle diese europäischen Gemeinschaften können aber im wirtschaftlichen Bereich nur dann einwandfrei funktionieren, wenn die Voraussetzungen für einen reibungslosen Zahlungsverkehr zwischen den Vertragspartnern erfüllt sind.

Die Europäische Zahlungsunion kann hierzu zwar gute Dienste leisten, aber sie bleibt eine Übergangs- und Teillösung. Wenn auch einige Vertragspartner sich leider nur dazu entschließen konnten, sie um ein Jahr über den 1. Juli 1952 hinaus zu verlängern, so besteht doch bei vielen die Absicht, in diesem einen Jahr der Verlängerung unablässig darum bemüht zu sein, die Voraussetzungen für eine Konvertierbarkeit der europäischen Währungen zu schaffen.

Die Ministerversammlung des Europäischen Wirtschaftsrats in Paris (OEEC) hat vor einiger Zeit wegen der Tatsache, daß mit gewissen technischen Verbesserungen allein die Funktionsfähigkeit der Zahlungsunion nicht unbedingt gesichert ist, besonderen Nachdruck auf die Feststellung gelegt, daß die Sicherung der inneren finanziellen Stabilität der Mitgliedsländer eine wesentliche Voraussetzung für das notwendige Zahlungsbilanzgleichgewicht darstellt. Sie hat zu diesem Zweck eine internationale Gruppe von hervorragenden wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Sachkennern eingesetzt, die nunmehr einen Bericht zu diesem Kardinalproblem vorgelegt haben. Es ist zu begrüßen, daß die Experten bei ihren Überlegungen von der Annahme einer sich stetig entwickelnden Wirtschaft und steigenden Produktion ausgegangen sind und daß sie den großen Einfluß, den die vermutete Wirtschaftsentwicklung der Vereinigten Staaten auf die europäischen Wirtschaften — insbesondere die Zahlungsbilanz sowie die Finanzpolitik der Mitgliedsländer — ausüben, besonders hervorgehoben haben.

Eine kleine Gruppe von sieben europäischen Ministern hat in diesen Tagen — gemeinsam mit Vertretern Amerikas und einigen dieser Experten — die Ergebnisse des Berichts erörtert. Als Vertreter der Bundesrepublik habe ich mich dabei in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Wirtschaftsminister und der Bank deutscher Länder den Sachverständigen angeschlossen, welche die Bedeutung einer gesunden Geld- und Kreditpolitik für die innere finanzielle Stabilität und den Zahlungsbilanzausgleich besonders betont haben. Geldpolitik und Finanzpolitik sollten in der Tat so aufeinander abgestimmt werden, daß sie sich in ihren stabilisierenden Wirkungen ergänzen. Dabei läßt sich die Überbetonung einzelner einseitiger Maßnahmen durchaus vermeiden. Notwendig ist freilich auch eine möglichst enge Koordinierung der Ziele, welche die Mitgliedstaaten und die assoziierten Länder ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik setzen wollen. Ich betrachte es als eine wesentliche Aufgabe des Europäischen Wirtschaftsrats, hierbei mit allen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten mitzuwirken.

Mit den Experten stimme ich darin überein, daß eine wesentliche Voraussetzung zur Wiedergewinnung der Konvertierbarkeit die Anreicherung der Währungsreserve in den europäischen Ländern ist. Es wird notwendig sein, daß im Rahmen der OEEC alle Möglichkeiten einer Verstärkung der europäischen Währungsreserven untersucht werden, mag es sich dabei um Fragen der europäischen oder der amerikanischen Handelspolitik, des internationalen Kapitalverkehrs oder eines noch engeren internationalen Zusammenarbeitens der Notenbanken handeln. Angeregt durch gewisse Hinweise der vorliegenden Berichte, habe ich bei diesen Pariser Verhandlungen vor allem die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Rohstoffmärkte und auf die Frage der Subventionen hingewiesen, weil m. E. beide Fragenkomplexe in einem engen Zusammenhang mit der Wiedergewinnung der Konvertierbarkeit stehen.

Die Erfahrungen seit Korea haben gezeigt, daß die Preisschwäche der Rohstoffmärkte die außenwirtschaftlichen Be-

ziehungen der einzelnen Länder in unerwünschter Weise stören können. Hierbei handelt es sich um ein weltweites Problem, das über die räumliche Zuständigkeit der OEEC hinausgeht. Dennoch sollten wir innerhalb der OEEC prüfen, ob wir nicht im Rahmen anderer Einrichtungen gemeinsam versuchen sollten, eine bessere Stabilisierung der Rohstoffmärkte zu erreichen, um auf diese Weise unerwünschte Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanzen einzuschränken. Subventionen belasten die Haushalte und beeinträchtigen auf diese Weise vielfach die innere finanzielle Stabilität; sie verzerren das Preis- und Kostengefüge und beeinflussen daher auch die Zahlungsbilanzen. Gleichgültig, ob es sich um Subventionen zur Beeinflussung der Lebenskosten oder der Frachten handelt, oder um Subventionen für Importe oder Exporte, der Schaden, der aus einer Subventionspolitik entstehen kann, ist oft bedeutend. Das System der Subventionen wird vielfach im internationalen Wettbewerb angewendet und führt dazu, daß die einzelnen Staaten sich gegenseitig in der Gewährung von Subventionen zu überbieten suchen und damit ihren Haushalt und ihre Zahlungsbilanz unnötig belasten. Eine internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung entbehrlicher Subventionen erscheint mir daher nicht zuletzt im Interesse der Stabilisierung der Zahlungsbilanzen und der Ermöglichung konvertierbarer Währungen erwünscht.

Die Experten haben in ihrem Bericht darauf hingewiesen, daß in einzelnen Fällen möglicherweise Währungskursänderungen unvermeidbar sein könnten. Hier sollte nicht übersehen werden, daß eine Währungskursänderung in jedem Falle so viele Unzuträglichkeiten im Innern wie auch in den außenwirtschaftlichen Beziehungen mit sich bringt, daß sie nur als alleräußerste Maßnahme, gewissermaßen als Schlußstein einer umfassenden Stabilisierungspolitik, in Erwägung gezogen werden darf. In dieser Hinsicht erscheint es wünschenswert, festzustellen, daß die Bemühungen jeder Regierung, durch eine geeignete Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht nur eine Stabilität, sondern auch ein international angemessenes Preis- und Kostenniveau herbeizuführen, vor allen Erwägungen bezüglich einer etwaigen Kurskorrektur den Vorrang und internationale Unterstützung verdienen.

Es war erfreulich, festzustellen, daß sowohl die internationalen Experten, wie die bei diesen Beratungen in Paris anwesenden Minister im wesentlichen hinsichtlich der notwendigen Grundsätze einer gesunden Geld- und Finanzpolitik und hinsichtlich der Notwendigkeit einer engen internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet übereinstimmen. Es ist in der Tat m. E. kaum eine Aufgabe im Bereich der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit so dringend und schicksalentscheidend, wie die gemeinsame Bemühung um die Schaffung aller Voraussetzungen, welche eine Rückkehr der europäischen Währungen zu echter Konvertibilität ermöglichen. Die Beziehungen zum Dollarraum und die Beziehungen zum gesamten Sterlingsystem werden hierdurch in entscheidender Weise beeinflußt werden. Die Verwirklichung echter wirtschaftlicher Integration hat diese Neuordnung zur Voraussetzung.

INHALT

Europäische Zahlungsunion eine Übergangslösung	S. 1035
Es geht um eine gesunde soziale Ordnung	S. 1036
Das Flüchtlingsproblem in Berlin	S. 1036
Das große Werk beginnt	S. 1037
Die europäische Wirtschaft und Afrika	S. 1038
Auf dem Lande tut sich was	S. 1039
Getreideverkäufe der Landwirtschaft 1951/52	S. 1039
Düngemittelabsatz im laufenden Wirtschaftsjahr	S. 1040
Auf dem Weg zum Bolschewismus	S. 1040
Technik, Massenpsychologie, auswärtige Politik	S. 1041
Sowjetzone und europäische Vertragswerke	S. 1042
Keine Kreditkürzung für Kohlenbergbau — Wieder Bund der Auslandsdeutschen — Höchststand der Produktion von Walzstahlfertigerzeugnissen Juli 1952 — Zusätzliche Gemüseinfuhren aus Holland — Bereisungsschiff „Hungaria“.	